HESSISCHER LANDTAG

21.11.2026
26/64

„Erinnerung an die Opfer der Shoa weitertragen“
Delegation des Hessischen Landtages besucht zum Abschluss der Israelreise die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem

Zum Abschluss ihrer Israel-Reise hat Landtagspräsidentin Astrid Wallmann gemeinsam mit der Delegation des Hessischen Landtages die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem besucht. „An diesem zentralen Ort des Gedenkens an die Millionen Jüdinnen und Juden, angesichts des Grauens und des unermesslichen Leides, versagen Worte – doch Schweigen ist keine Option“, sagte die Parlamentspräsidentin. „Wir erinnern an die unzähligen Menschen, die im Namen der menschverachtenden Ideologie entrechtet, verfolgt, gedemütigt, gequält und ermordet wurden.“

Noch immer werden Namen von Opfern des Holocaust recherchiert. Erst vergangenes Jahr konnte der 5.000.000. Name in Yad Vashem notiert und dort in der Halle der Namen archiviert werden. In der Halle der Erinnerung entzündete Wallmann die ewige Flamme und legte einen Kranz nieder. Vor der Skulptur für den damaligen Waisenhausleiter und im Vernichtungslager Treblinka ermordeten Janusz Korczak legte sie stellvertretend für alle Abgeordneten einen Strauß mit 55 Rosen ab – symbolisch für die 55 hessischen Wahlkreise.

„Yad Vashem hält die Erinnerung an die Opfer der Shoa wach. Wir müssen diese weitertragen und der besonderen Verantwortung, die wir in unserer Zeit für den Schutz jüdischen Leben tragen, gerecht werden“, so Wallmann.

Solidarität mit den Opfern des 7. Oktober 2023

Für vier Tage besuchte die Delegation Israel, darunter Orte des Überfalls vom 7. Oktober. Damals töteten Terroristen der Hamas im Süden Israels etwa 1.200 Menschen – zumeist

Pressestelle des Landtages
Pressesprecher: Benjamin Holler

Telefon: 0611 350-306
E-Mail: pressestelle@ltg.hessen.de
Internet: www.hessischer-landtag.de

Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Juden. Hunderte wurden in den Gaza-Streifen verschleppt. Bei den Begegnungen mit Hinterbliebenen, Überlebenden, politischen Beobachtern und Amtsträgern in Jerusalem, Tel Aviv und Bethlehem wurden unterschiedliche Perspektiven auf diesen für die Region und die ganze Welt einschneidenden Tag angesprochen. „Uns ist klar: Der 7. Oktober kennt kein ‚Aber'. Durch nichts sind diese Terrortaten zu rechtfertigen oder zu relativieren", sagte Astrid Wallmann.

Die Landtagspräsidentin begleiteten Vertreterinnen und Vertreter aller Landtagsfraktionen, außerdem der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, Uwe Becker, und der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann.

Vizepräsident René Rock, Fraktion der Freien Demokraten: „Die Unmenschlichkeit vom 7. Oktober lässt mich ratlos zurück. Die Berichte der Opferangehörigen und der Überlebenden werde ich nie vergessen. Auch in unserem Land fühlen sich Juden nicht mehr sicher. Wir müssen uns dem ansteigenden Antisemitismus entgegenstellen.
Der Staat Israel ist entstanden, um Juden eine sichere Heimstätte zu geben. Dies ist untrennbar mit der deutschen Geschichte und der Geschichte des Holocaust verbunden. Deshalb ist richtig, dass das Existenzrecht Israels und seine Verteidigung Teil der deutschen Staatsdoktrin ist. Dafür setze ich mich mit ganzer Kraft ein."

Ines Claus, CDU-Fraktionsvorsitzende: „In Israel spürt man, was Sicherheit und Freiheit bedeuten. Besonders junge Menschen, die aus Kriegs- und Verlusterfahrung Kraft und Verantwortung ziehen und ihre Heimat verteidigen, haben mich tief beeindruckt. In Jerusalem und Bethlehem – in der Grabes- wie der Geburtskirche – der Geschichte unseres Glaubens so nahe zu sein, ist sehr berührend. In diesen Tagen, gerade am Buß- und Bettag, ist mir hier umso klarer, wofür wir Verantwortung tragen: Antisemitismus ist in jeder Form zu bekämpfen."

Robert Lambrou, AfD-Fraktionsvorsitzender: „Die Gespräche mit den Menschen im Land haben mich tief beeindruckt und mir gezeigt, wie viel Mut, Zusammenhalt und Hoffnung in diesem Land zu finden sind. Die Israelis sind Menschen, denen wir in besonderer Weise verpflichtet sind. Aus unserer Geschichte erwächst auch eine

Verantwortung, für ihre Sicherheit und ihr Existenzrecht einzustehen. Zugleich zeigt sich hier ganz konkret, wie gefährlich Islamismus ist: Er bedroht Menschenleben, Freiheit und das friedliche Zusammenleben. Dieser Gefahr müssen wir entschlossen, auch in Deutschland, entgegentreten."

Tobias Eckert, SPD-Fraktionsvorsitzender: "Erst persönliche Begegnungen machen menschliches Leid greifbar. Der Austausch mit Menschen vor Ort – mit jenen, die den 7. Oktober erlebt und überlebt haben – ihre Schicksale zu erfahren und ihre Botschaften mitzunehmen, war unglaublich bewegend. Eine solche Reise schärft einmal mehr das Bewusstsein für unsere besondere Verantwortung für jüdisches Leben. Der Austausch zwischen Menschen aus Deutschland und Israel darf nie abreißen. Das ist politische Bildung mit Verständnis und Mitgefühl."

Mathias Wagner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Ich bin tief bewegt von den Gesprächen und den Eindrücken, die wir in Israel gewinnen konnten. Durch das Erinnern an das Geschehene und das Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer ist ein noch tieferes Verständnis entstanden, dass der 7. Oktober eine Zäsur war und bis heute ist. Gerade für uns als Deutsche entsteht daraus eine Verpflichtung, Gleichgültigkeit entgegenzutreten und Antisemitismus entschieden zu bekämpfen."

Uwe Becker, Beauftragter der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus: „Unsere Solidarität muss auch nach Hessen zurückreichen. Unser Einstehen für Jüdisches Leben und unser Engagement gegen Antisemitismus gilt unseren Nachbarn und Freunden, sowie den Jüdinnen und Juden in der einzigen Demokratie im Nahen Osten. Die äußerst emotionale Reise verdeutlichte, welch genozidales Verbrechen die Hamas am 7. Oktober begangen und damit einen Krieg begonnen hat, den inzwischen leider auch zahlreiche Menschen auf palästinensischer Seite mit ihrem Leben bezahlt haben. Doch daraus darf nie eine Umkehr von Tätern und Opfern oder die Relativierung erwachsen. Es war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Dies muss man auch auf palästinensischer Seite begreifen. Da darf es kein ‚Aber' geben. Dies ist noch ein weiter Weg, wie unser Gespräch in Bethlehem gezeigt hat."

Daniel Neumann, Landesvorsitzender der jüdischen Gemeinden in Hessen: „Die Israel-Reise der Delegation des Hessischen Landtages unter Führung der Landtagspräsidentin Wallmann war ein starkes und ermutigendes Zeichen in düsteren Zeiten. Durch das Programm, das den Bogen von der Shoah über den 7. Oktober 2023 zur Gegenwart schlug, wurde der Antisemitismus in unterschiedlichen Erscheinungsformen sichtbar. Die Botschaft war klar: Es braucht den konsequenten Kampf gegen Judenhass – ganz egal, wie er sich kleidet. Es braucht die unbedingte Solidarität mit Israel, dem jüdischen Staat. Heute ganz besonders."

Hinweis: Bilder der Delegation finden Sie auf der Landtags-Webseite, ebenso finden Sie dort ausführliche Berichte über die weiteren Termine der Israel-Reise.